

Suche nach Finanziers wird nicht einfach

Die Stiftung Zukunft.li setzt sich in ihrer neuesten Studie mit der Zukunft der Medienlandschaft auseinander. Einen starken Fokus legen die Autoren auf private Investoren und philanthropische Ansätze. Allerdings bestehen Zweifel, ob sich solche finden, zeigen erste Reaktionen.

Daniela Fritz

Es scheint eine gewisse medienpolitische Ratlosigkeit zu herrschen, nachdem die Medienlandschaft innert weniger Jahre mit dem «Volksblatt» und Radio L gleich zwei Medien einbüsste. Vor zwei Wochen präsentierte die Stiftung Zukunft.li mit der Studie «Journalismus im Kleinstaat» mögliche Modelle und gab vier zentrale Empfehlungen ab, wie Liechtenstein seine Medienlandschaft wieder beleben könnte. Wie nimmt man diese Vorschläge in der Politik auf? Das «Vaterland» hat sich bei einigen Exponenten umgehört.

«Auf dem Papier tönt vieles sehr gut und geht auch in die richtige Richtung», kommentierte FBP-Präsident Alexander Batliner die Studie. «Aber es mit Leben zu füllen, dürfte die grosse Schwierigkeit sein.»

Suche nach Geldgebern dürfte schwierig werden

Eine Schwierigkeit, die alle angefragten Parteienvertreter in der Realität sehen, ist die vorgeschlagene Finanzierung durch Private. Private Gönner sollen sich in einem nationalen Schulterschluss zu einer unabhängigen Stiftung zusammenschliessen. Diese könnte dann laut den Empfehlungen des Thinktanks Zukunft.li entweder eine unabhängige Trägerschaft für das Vaduzer Medienhaus, das diese Zeitung herausgibt, bilden oder eine «zweite Stimme» als Gegengewicht aufbauen.

Das erscheine zwar auf den ersten Blick machbar, merkt Batliner an. Allerdings müsse dies über eine Anschubfinanzierung hinausgehen, es brauche eine verlässliche und langfristige Finanzierung. «Ob sich für ein langjähriges Engagement in Millionenhöhe genügend private Gönner finden, wage ich zu bezweifeln», so Batliner.

Auch der VU-Generalsekretär und Landtagsabgeordneter Dietmar Hasler stellt in Frage, ob sich ausreichend unabhängige Geldgeber für eine langfristige Finanzierung finden. Dies auch vor dem Hintergrund, dass diese Geldgeber das Risiko des sich wandelnden Medienmarkts würden mittragen müssen. Entscheidend ist für Hasler schlussendlich die journalistische Qualität und weniger die Anzahl an Medien. «Bestehende und allenfalls neu entstehende Medien tragen durchaus mit ihren Möglichkeiten zur Meinungsvielfalt bei, ohne dass eine «zweite Stimme» in gleicher Grösse wie das Vaduzer Medienhaus künstlich geschaffen werden müsste, was aus wirtschaftlicher Sicht in unserem kleinen Land sowieso fraglich ist», findet Hasler.

Deutlich wird auch Valentin Ritter, Vorstandsmitglied der Freien Liste: «Es gibt wenig Bereitschaft von Privaten, in wirklich unabhängige Medien zu investieren. Wer privat Geld in-



Schon die «Volksblatt»-Geschichte bis zu ihrem Aus im März 2023 zeigte, wie schwierig ist, privates Geld für Medien zu finden.

Bild: NilsVollmar

vestiert, erwartet Einfluss.» Deshalb dürfe man nicht nur auf private Initiativen hoffen, um Medienvielfalt herzustellen. Wenn, dann müsse eine private Medienstiftung aber unbedingt transparent sein.

Einwohner vergeben Teil der Förderung selbst

Auf Interesse stösst der Vorschlag von Zukunft.li, die Medienförderung zumindest zum Teil demokratisch zu vergeben. Die Einwohner könnten via Steuererklärung angeben, wie ihr Anteil auf die unterschiedlichen Medien aufgeteilt werden soll.

Ähnliche Ansätze gab es bereits im Kontext der Finanzierung von Religionsgemein-

«Die künstliche Schaffung einer «zweiten Stimme» wäre aus wirtschaftlicher Sicht in unserem kleinen Land sowieso fraglich.»



Dietmar Hasler
VU-Generalsekretär

schaften. Bürokratie wird damit nicht unbedingt abgebaut: Ein Drittel der Förderung soll nach wie vor durch die Medienkommission anhand von Qualitätskriterien vergeben werden.

Für Dietmar Hasler liesse sich dieses Element am ehesten realisieren. «Das Modell überzeugt, weil die Bevölkerung selbst über Medienförderung entscheidet und die demokratische Legitimation damit stärkt», so Hasler. Zudem belohne es Bürgernähe, Glaubwürdigkeit und Innovation. Seiner Meinung nach sollte Qualitätsjournalismus aber ergänzend gefördert werden.

Alexander Batliner findet die Idee prüfenswert. Allerdings zweifelt der FBP-Präsident, ob sich das Modell politisch umsetzen lässt und sich die nötigen Mehrheiten finden.

Valentin Ritter jedenfalls wäre dafür nicht zu gewinnen, denn: «Qualitätskriterien werden zweitrangig und es besteht ein problematischer Ansporn für Medienunternehmen, sich vor allem um kurzfristige Beliebtheit und Werbung anstatt um dauerhaft seriösen Journalismus zu kümmern.» Für ihn ist eine Förderung auch dann demokratisch legitimiert, wenn das Geld mittels objektiver Kriterien und durch unabhängige Gremien gesprochen wird, wie heute durch die Medienkommission.

Qualität und nicht bloss Wettbewerb fördern

Die Stiftung Zukunft.li möchte Vielfalt durch Innovation und

Wettbewerb stärken. Denkbar wäre dazu – neben der 2025 eingeführten staatlichen Anschubfinanzierung – eine Kooperation mit einer Stiftung, die Gelder aus unterschiedlichen Quellen einsammelt. Ziel ist nicht, so viele Start-ups wie möglich zu unterstützen, sondern Geschäftsmodelle zu fördern, die tragfähig sind und zur Meinungsvielfalt beitragen. Eine Fachjury sollte die Anträge auf Förderung beurteilen.

«Es besteht halt die Gefahr von kurzlebigen Projekten – und es wird nicht unbedingt Qualitätsjournalismus gefördert, sondern Vielfalt», meint der VU-Politiker Dietmar Hasler dazu.

Um dies zu verhindern, sieht es FBP-Präsident Alexander Batliner als wichtig an,

«Egal welche Lösung wir finden und umsetzen: Gratis wird sie nicht sein. Die Demokratie sollte uns jedoch etwas wert sein.»



Alexander Batliner
FBP-Präsident

«dass damit die Förderung von Investigativ- und Recherchejournalismus einhergeht». Die Kritik- und Kontrollfunktion der Medien müsse gestärkt werden. Innovation und Wettbewerb seien aber grundsätzlich wünschenswert.

Dialogplattform stösst auf Skepsis

Als viertes Element schlägt Zukunft.li eine Plattform für öffentlichen Dialog vor. Diese soll einen Kanal für die Behördenkommunikation und ebenfalls für die Zivilgesellschaft bieten. Auch Medien könnten ihre Inhalte auf der Plattform vor oder hinter einer Bezahlschranke anbieten. Zudem soll die Plattform auch ein Online-Forum beinhalten, in dem die Bevölkerung ihre Meinungen kundtun könne – als Ergänzung zu Leserbriefen in den Medien.

Diese Idee trifft auf Skepsis. «Wir benötigen keine weiteren digitalen Plattformen», sagt Batliner und verweist auf die «Lie:Zeit» oder den «Landesspiegel». «Dann wäre ich eher dafür, diese stärker zu fördern, damit sie sich zu einer attraktiven Plattform für Meinungsvielfalt entwickeln.» Man müsse nicht immer alles neu erfinden, sondern könne auch vorhandene Angebote stärken. Dietmar Hasler sieht dies ebenso: «Das Modell schafft unnötige Konkurrenz zu bestehenden Informationssystemen.» Zudem sei ein öffentliches Online-Forum schwer zu moderieren und berge Konfliktpotenzial.

Fehlende Fachkräfte wurden ausgeblendet

Auf etwas gibt die Studie in Batliners Augen keine Antwort: «Ein Problem ist, wie man ein zusätzliches Medium personell bestücken soll. Es fehlen die Journalisten, welche Liechtenstein und sein politisches, gesellschaftliches, kulturelles und sportliches Leben kennen.» Der TV-Bereich kommt ihm ebenfalls zu kurz. Man müsse das Medienangebot breiter denken. Für Valentin Ritter fokussiert Zukunft.li zu sehr auf eine Beherrschung der Medienlandschaft durch private Einrichtungen. Sie sollen das Marktversagen und die Lücken in der Medienlandschaft schliessen. Darin ortet Ritter einen Widerspruch: «Fehlende Bereitschaft, in unabhängige Medien zu investieren, ist gerade der Grund für das Marktversagen.» Die Freie Liste würde sich einen stärkeren Fokus auf Service public wünschen. «Es braucht von der Öffentlichkeit getragene Medien, die sachlich, kritisch und jenseits von Parteiinteressen und wirtschaftlichen Abhängigkeiten agieren», so Ritter.

Die Regierung hat sich die Schaffung eines medialen Service-public-Angebots für diese Legislatur auf die Fahnen geschrieben. Besonders konkret ist die Idee allerdings noch nicht, wie eine Anfrage ans Ministerium zeigte. Batliner vertritt, dass die FBP intern einen Meinungsbildungsprozess zur Medienpolitik startet – unter Einbezug des Medienministers Hubert Büchel und der Stiftung Zukunft.li. «Wichtig ist uns eine Alternative zum aktuellen Medienmonopol», betont er. Die Medienlandschaft müsse pluralistischer werden. «Egal, welche Lösung wir finden und umsetzen: Gratis wird sie nicht sein.» Das müsse einem die Demokratie aber wert sein.

Hinweis

Das «Vaterland» hat die DpL ebenfalls angefragt, allerdings trotz grosszügiger Frist keine Antwort erhalten.

«Fehlende private Bereitschaft in unabhängige Medien zu investieren ist gerade der Grund für das Marktversagen.»



Valentin Ritter
Vorstandsmitglied Freie Liste